

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Donnerstag, den 17. August 1922.

Unausgesetzte Hinterziehung von Gemeindesteuern.

Schon seit vielen Monaten führt die Gemeinde Wien einen förmlichen Kampf mit jenen Steuerträgern, die immer wieder den Versuch unternehmen, sich den ihnen gesetzlich auferlegten Pflichten zu entziehen. Es sind keineswegs gerade die kleinsten Betriebe, bei denen, etwa infolge mangelhafter kaufmännischer Organisation, fehlender Buchhaltung oder besonderer Knappheit an Betriebsmitteln die Uebertretungen am häufigsten vorkommen. Gerade die grösseren und grossen Unternehmen zeigen vielfach einen ganz erschreckenden Mangel an Steuermoral. Sie gehen bei ihrem Bestreben, zumindest die Zahlung möglichst lange hinauszuschieben, offenbar von der rein rechnungsmässigen Erwägung aus, dass sie bei der fortschreitenden Geldentwertung auch trotz Strafe noch immer ein ganz gutes Geschäft machen. Dies wird noch dadurch erleichtert, dass die Strafmöglichkeiten - wie etwa bei der Fürsorgeabgabe - unter den heutigen Verhältnissen längst nicht mehr ausreichen.

Zum Zwecke der schärferen Erfassung der Steuerhinterziehungen wurden daher die bisher den einzelnen städtischen Steuerreferaten zugeteilten Revisionsorgane in ein zentrales Revisionsamt zusammengefasst. Dadurch ist ohne Personalvermehrung eine bessere Überprüfung ermöglicht. In jedem revidierten Betriebe werden nun von einem und demselben Beamten alle in Betracht kommenden Abgaben auf die richtige Bemessung und Zahlung erhoben.

So wurden in der Woche vom 31. Juli bis 6. August in einer Reihe von Geschäftszweigen Erhebungen angestellt. Das Ergebnis beweist die dringende Notwendigkeit des Revisionsamtes und ist ein Beleg dafür, welche grosse Arbeit auf diesem Gebiete noch zu leisten ist.

Die Luxusabgabe wurde in 89 Geschäften kontrolliert. Nicht weniger als 72 davon gaben zu einer Beanständung Anlass. 213 Revisionen wegen der Fürsorgeabgabe ergaben, dass Lohnsummen von über 1.2 Milliarden Kronen nicht einbekannt worden sind, was also einer beabsichtigten Schädigung der Gemeinde um 48 Millionen Kronen gleichkommt. Die Lustbarkeitsabgabe wurde in 59 Betrieben revidiert, von denen mehr als ein Drittel nicht in Ordnung gefunden wurde. Im Zusammenhang damit ist die Sperre des bekanntesten grössten Tanzlokals im Prater - des ehemaligen Etablissements Swoboda, jetzt Phönixpalast - erfolgt. Es wurde dort festgestellt, dass rund die Hälfte der verkauften Karten entgegen den strengen Vorschriften ohne amtliche Kennzeichnung ausgegeben worden war. Von 108 Revisionen der Fremdenzimmersabgabe führten 31, von 12 Revisionen der Nahrungs- und Genussmittelabgabe 3 zur Beanständung; von 10 überprüften Fällen der Anzeigeabgabe waren bloss 3 in Ordnung! Hingegen ergaben 2 Revisionen bezüglich des Feuerversicherungsbeitrages keinen Anstand. Schliesslich wurden noch 19 Strassenzüge der Leopoldstadt auf die Entrichtung der Hauspersonalabgabe

perlustriert und 87 Haushalte mit mehr als einer Hausgehilfin festgestellt, die sich bisher um die Entrichtung der Steuer gedrückt hatten.

Mit der unausgesetzt fortschreitenden Geldentwertung steigern sich die von der Gemeinde aufzubringenden Summen ins Ungeheure, während gleichzeitig im Zusammenhang mit der schlechteren Wirtschaftslage der breiten Massen die Zahl der auf die Hilfe der Gemeinde angewiesenen Personen rapid zunimmt. Nie vorher war der Ansturm auf die Versorgungshäuser so gross wie jetzt. Es bedarf wohl nicht erst eines umfangreichen Beweises, dass die Gemeinde diese Riesenausgaben nur zu leisten vermag, wenn auch die Einnahmen in entsprechendem Ausmass und so rechtzeitig einfliessen, dass inzwischen nicht der grösste Teil der Kaufkraft wieder verloren gegangen ist. Mit Rücksicht auf die gewaltige Steigerung aller Aufwendungen, die sich in den letzten Wochen vollzogen hat und im Index von 124 Prozent ihren sinnfälligen, weithin sichtbaren Ausdruck findet, ist neuerlich an alle in Betracht kommenden Stellen die dringende Weisung hinausgegangen, mit aller erdenklichen Energie die Hereinbringung der Abgaben zu betreiben. Die Gemeinde erfüllt damit nicht nur die Pflicht der Selbsterhaltung, wahrt die Existenz von Zehntausenden Angestellten und ihrer Familien, sowie von weiteren Zehntausenden, die als Hilflose der Fürsorge der Stadt anvertraut sind, sondern dient damit auch den anständigen Steuerträgern, die in ihrer Konkurrenzfähigkeit am stärksten durch jene bedroht werden, die sich den ihnen gesetzlich auferlegten Beiträgen zur Erhaltung des Gemeinwesens entziehen.

Die Eheberatungsstelle im Rathause bleibt während der Urlaubsdauer des Facharztes Dr. Kautsky geschlossen. Sie wird am 15. September wieder eröffnet.